

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Bieteljahr 6 45 Mk. mit Fringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.
Einzelnnummer 25 Pf.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile 50 Pf.
bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Pf.
Die Reklamezeile 200 Pf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elisenhütte.
Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 127

Druck und Verlag:
Buchdr. Feinr. Müller, Nassau (Sohn).

Dienstag, 2. November 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Sohn).

43. Jahrg.

Allerheiligen — Allerseelen.

Ein alter Friedhof, einsam und halbvergessen! Traurig und düster liegt die graue Mauer, dräunend erstigt die hohe Pforte, die unerbittlich das Reich der Toten vom heiteren Leben trennt. Der Himmel blüht sein Licht in dunkle Wolkenfalten und neigt die stillen Gräber mit seinen Tränen. Durch die Natur schreitet der Tod. Die heiteren Sommerfrüchte, Blätter und Blumen, senken müde und bleich die welken Köpfe und decken die Erde mit ihren Leichen. Verstummt ist das Summen und Weben in Gras und Laub, verstummt das fröhliche Schlagen und Zwitschern der Vögel. Statt des lebendigen Duftes blühender Blumen Modergeruch und Verwesung.

Auf die stillen Gräber legt der Herbst seinen bunten Totenkranz. Schwarze Pappeln halten in unbeweglicher Haltung die Leichenwacht. Schmerzgebeugt wirft die Trauerweide die Arme über die Totenhügel, wie eine traurige Witwe verzweifelt das stüchsende Erde umklammert, das ihr Lebensglück in seine düstere Tiefe geschlungen.

Bleiche Nebel steigen empor aus der feuchten Erde und wallen trübsalig über die altersgrauen bemosten Steine, traurigen Schatten der Toten gleich, die in der dumpfen Kühle der Gräber nach Auferstehung und Licht verlangen. Leise raschelt's im Gien der Kirchhofsmauer; durch die bunten Tannen geht ein feuchter Hauch. Ist es das helle Blitzen von Auerseelen, die sich sehnen nach dem lichtvollen Leben, das sie kaum geschaut? Die flammende Stimme der toten Mutter, die nach ihren verworren Kindern jammer? Oder das verhallende Schluchzen der Braut, die trauert um das verlorene Glück, dem der unerbittliche Tod sie entzogen? Inmitten des stillen Geschehens steht als ernstes Symbol des Todes das raube Kreuz mit dem sterbenden Heiland.

Durch die graue Nebelmauer, die dräunend das Totenreich umschließt, bricht wie ein leuchtender Held ein heller, umhüllender Sonnenstrahl. Tausend Tröpfchen blühen auf; es ist, als schlage die tote Erde leuchtend die Augen auf zu neuem, überirdischen Leben. Wie ein seltsames Lächeln fließt das Licht über die schlafenden Gräber. Die düsteren Nebelgespenster sinken still in die Gräber. Das hoffnungslose Wimmern verstummt. Auf den alten, halb zerfallenen Steinen blühen die Inschriften auf; ein goldener Hoffnungsschimmer bricht aus Moder und Moos. Und friedlich schlummern die Toten der Erlösung, der Auferstehung entgegen.

Allerlei Nachrichten.

Ueberräuberlicher Lichtverbrauch.

Zur Frage der Berliner Polizeistunde wird der „Posten-Zeitung“ mitgeteilt, daß die englische und französische Mission wegen angeblich übermäßigen Lichtverbrauchs in Berlin vorstellig geworden sind. Es besteht ein Widerspruch zwischen der Behauptung deutscherseits, daß das Kohlenabkommen von Spa für die deutsche Industrie rücksichtlos sei und der Tatsache, daß Berlin sich mit Licht viel weniger einschränke wie London und Paris. Außerdem heißt es, daß die Vergarbeiter im Ruhrgebiet geltend machen, daß Berlin nicht vor den Städten des Industriegebietes bevorzugt werden dürfe. Der Minister des Innern hat tatsächlich die Polizeistunde noch nicht verändert, sondern nur die Verfügung des Bundesrats wieder in Geltung gesetzt, die generell die 11 Uhr-Polizeistunde anordnet.

Gegen das Wucher- und Schiebertum.

In Verfolg ihrer Verordnung gegen das Wucher- und Schiebertum veröffentlicht die bayerische Regierung einen Aufruf an das bayerische Volk, in dem sie betont, daß sie sich gezwungen sehe, die Strafen gegen Wucherer und Schieber bis zur Erledigung entsprechender Reichsbeschlüsse vorläufig durch eine einstweilige Anordnung, bezüglich zu erhöhen. Nach der gleichzeitig erlassenen Verordnung wird derjenige, der sich schuldig macht, die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs erheblich gefährdet mit Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und zugleich mit einer Geldstrafe von 100 000 bis zu einer Million Mark bestraft. Neben der Strafe ist auf Einziehung des Ueberpreises, eventuell des gesamten Vermögens des Täters, sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht zu erkennen. Dem Täter ist der Betrieb seines Handels oder Gewerbes und jeder andere Handels- oder Gewerbebetrieb untersagen.

Das Urteil im ersten Sölderprozeß.

Im ersten Prozeß gegen die Söldergarde wurde nach lebhafter Verhandlung am Mittwoch das Urteil gegen die Mitglieder des Falkenheiner Brandkomitees gesprochen. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurden die Angeklagten teilweise der vorsätzlichen Brandstiftung für schuldig befunden. Der Hauptangeklagte, der 30-jährige Bergarbeiter Seidel aus Scheidebach wurde zu 10 Jahren Zuchthaus, sieben weitere Angeklagte zu Zuchthaus von 1 1/2 Jahren bis zu zwei Jahren 9 Monaten verurteilt.

Die Abwicklungsämter.

Zeit der Auflösung des alten Heeres gibt es in Deutschland Abwicklungsämter. Sie sind dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt und beschäftigen wahrscheinlich den größten Teil der von diesem Ministerium noch immer unterhaltenen 65 000 Beamten. Daß wir uns solche Beamtenheere für eine zweifellos verlorene Sache auf die Dauer nicht leisten können, ist wohl allgemein zugegeben, und seit langem wird darauf geurteilt, daß die Arbeit der Abwicklungsämter möglichst beschleunigt werde. Was ist ihre Arbeit? Ein so ruhiger Mann wie der ehemalige Staatssekretär August Müller urteilte darüber vor einiger Zeit wie folgt. „Es ist ein eigen Ding mit dieser Abwicklung... Wie man mit mittelt, verdienen 90 Prozent der im Abwicklungsverfahren von Hand zu Hand wandernden Akten nichts anderes als einen möglichst baldigen Klammentod.“ Und das Reichsabwicklungsamt selbst erlebte vor vier Monaten eine Verfügung in der es hieß: „Erinnerungsakten sind von den Dienststellen der Abwicklung hinfällig zu erklären... Dem Erlöschen von Körperschaften und Privatpersonen um Aktenauszüge und Beantwortung von Anfragen darf nicht mehr stattgegeben werden... die Bearbeitung von Ordens-, Ehren- und Abzeichenangelegenheiten ist sofort einzustellen...“ Nun kommt aber eine neue Verfügung, die alle diese Verbote wieder aufhebt und außerdem an Stelle der Militärakten — deren Auslieferung bei ihrer Ueberflüssigkeit ebenfalls inhihiert wurde — eine „kurze Bescheinigung“ eingeführt, die doch wieder nichts anderes ist als eben ein Militärpaß. Die Begründung dieser neuerlichen Arbeitsüberweisung ist klassisch: „Infolge Durchführung der Verfügung zur Beschleunigung des Abwicklungsverfahrens... ist die Organisation in der Abwicklung so weit vorgeschritten, daß von einigen in dieser Verfügung... vorgezeichneten Einschränkungen nunmehr abgesehen werden kann.“ Soll das heißen: „Da durch die Einschränkung der Arbeit auf das Notwendigste das Amt bald überflüssig zu werden scheint, darf auch wieder das Notwendige betrieben werden.“ Wir hoffen nicht. Man müßte sonst fragen, ob denn das Amt um der Arbeit oder die Arbeit um des Amtes willen da ist.

Gerichtszeitung.

* Berlin. Wegen Ermordung und Verabreichung der 52-jährigen Agnes Steinberg in Potsdam wurde der 24-jährige Kaufmann M. aus Neufeld vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

* Karlsruhe. Vor dem Schwurgericht wurde in diesen Tagen der große Schachschwindel vom August dieses Jahres verhandelt. Die Betrügereien erreichten die Summe von rund einer Million Mark. Von den Betroffenen konnten noch etwa 400 000 Mark für die Post gerettet werden. Der 22-jährige Kaufmann Albert Redow-Karlsruhe, der gleichzeitige Kaufmann Arnold Böhler aus Basel, wohnhaft in Karlsruhe, und der 28-jährige ehemalige Gelehrter Karl Josef Hartwig, zuletzt in Laub anständig, wurden zu je fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der mitbeteiligte Wegger Alfred Höflein erhielt 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. Drei andere Angeklagte erhielten 8 Monate, bezw. 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Handel und Verkehr.

* Sanierung des Fernsprechnetzes. Auf der Tagung des Reichsbundes Deutscher Techniker sprach Ministerialdirektor Dr. Fredow über das Telegraphen- und Fernsprechnetz. Er schilderte, wie die steigenden Kosten für Materialien, Gehälter und Löhne jeden wirtschaftlichen Betrieb unmöglich machen. Die Anlagelosten eines Fernsprechnetzes einschließlich der anteiligen Verwaltungskosten betrugen 1914 in einem Reihe von der Ausdehnung Berlins etwa 800 Mark und sind jetzt auf etwa 11 000 Mark gestiegen. Die Aufwendungen für die Unterhaltung und den Betrieb eines derartigen Anschlusses haben sich etwa verdreifacht. Demgegenüber sind die Gebühren im allgemeinen nur um das Vierfache erhöht worden. Allein in Berlin werden etwa 100 Millionen bei den Pauschalgebühren-Anschlüssen zugelegt. Es müssen vor allen Dingen die Leistungen der Verwaltung und der Hülfen der staatlichen Betriebsanstalten wieder in Einklang gebracht werden.

In Aussicht genommen ist die Erhebung einer Anschlußgebühr und außerdem einer Gesprächsgebühr. Die Gesamtgebühr wird also durch den Grad der Benutzungs-möglichkeit und der tatsächlichen Benutzung des Fernsprechnetzes bestimmt. Bei Festlegung der Gebühren werde auf die Preise besonders Rücksicht genommen werden. Der Redner rechnet, daß die Erhebung des Fernsprechnetzes von 1000 Mark, der vielleicht gerade hinreichte, den Betrieb notwendig in Ordnung zu bringen. Für die dringend nötigen Erweiterungen seien aber neue Mittel erforderlich. Die seit der letzten Gebührenerhöhung erfolgten Kürzungen betrugen etwa 6,7 Prozent aller Anschlüsse. An Neuanmeldungen liegen insgesamt 111 000 vor. Der Redner weist darauf hin, daß die Verwaltung bei der zukünftigen Gebührenerhebung genötigt sei, bis an die äußerste Belastungsgrenze zu gehen. Der Redner ist der Überzeugung, daß das Gesamtansehen aus der Volkswirtschaft, angemessene Gebührensätze vorausgesetzt, in

absehbarer Zeit möglich sein werde. Schon jetzt spüre man hier und da eine kleine Besserung. Die größeren Arbeiten wie Herstellung neuer Linien, Renter u. dergl. gingen jedoch unter den heutigen Verhältnissen so langsam vor sich, daß es noch Jahre dauern werde, bis die deutsche Fernsprechnetz wieder ihre alte Höhe erreicht habe. Die Einführung neuer Betriebsmethoden und technischer Verbesserungen sollen allmählich die Leistungsfähigkeit des Betriebs heben und eine wirtschaftlichere Ausnutzung der Betriebsmittel ermöglichen. Anschließend ging der Redner auf die Telefonfäden des Publikums ein, durch die eine nicht unerhebliche Besserung des Stadtfernsprechverkehrs hintangehalten werde. Das Publikum müsse deshalb auch hier die Verkehrsdisziplin sich noch mehr zu eigen machen, ohne die ein möglichst reibungsloser Betrieb auch im Straßenbahn-, Hochbahn- und Stadtbahnverkehr nicht durchführbar sei.

Volkswirtschaft.

Wie kann der Staatsbankrott vermieden werden?

Die obige Frage beantwortet der sozialdemokratische Wirtschaftstheoretiker Calwer in den „Wirtschaftlichen Tagesberichten“. Er fordert u. a. die sofortige Herabsetzung der Gehälter der Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter auf die Hälfte. Entlassung aller überflüssigen Elemente aus dem Staats- und Gemeinbedienst und ihre Verwendung in Land-, Forstwirtschaft und Bergbau, Herabsetzung des Zinsfußes aller öffentlichen Anleihen auf 2 Prozent, Einstellung des Druckes neuer Noten, Erhöhung der Bahnfrachten um 50 Prozent, Aufhebung der Zwangswirtschaft und Auflösung aller bestehenden Wirtschaftsamter, Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung, Erhöhung der Arbeitszeit von 8 auf 11 Stunden unter Beibehaltung von 3 Stunden als Ueberstunden, wobei der Arbeitgeber 10 Prozent des Ueberstundenlohnes aus Reichsabgaben muß, und schließlich Einführung des Arbeitszwanges. Die Arbeitslosen sollen in Landwirtschaft, Bergbau, Straßen- und Tiefbau und bei Notlandarbeiten beschäftigt werden.

Kleine Chronik.

„Man kann hier auch deutsch sprechen“ — also heißt zu lesen an einem Modegeschäft in — Moskau? — Nein: in Mainz am „Neuen Brunnen“. Wirklich! Man kann auf der „Großen Bleiche“ noch deutsch sprechen. Wirklich? Deutsch sprechen? Ganz leicht! Nächst auf Mainzer der „Godes vom Neuen Brunnen“, wenn er am Geschäft vorbeispricht: „Si trich die Kränzl!“

* Versuchter Postraub. Die „B. J. a. M.“ meldet, daß in einer entlegenen Straße in Kley-Kummelsburg bei Berlin mit Hilfe eines gedungenen Postillons die Verabreichung eines Postwagens ausgeführt werden sollte. Der Postillon hatte aber der vorgesetzten Behörde Mitteilung gemacht und als der Dieb, ein Schmiel namens Franz Poransky aus Adlershof, mit einem Brecheisen den Postwagen aufbrechen wollte, sprangen ihm ein Kriminalkommissar und ein anderer Beamter mit zwei Polizeihunden aus dem Wageninnern entgegen. Der Dieb bedrohte die Beamten mit der schweren Brechstange, wurde aber durch einen Armstich unschädlich gemacht und verhaftet. Auch die Komplizen Poransky, die an dem Unternehmen teilnehmen sollten, wurden verhaftet.

* Große Unterschlagungen. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ mitteilt, wurden von der Berliner Kriminalpolizei in den Akten der Justizminister Verbit und Feldwebel Teubner verhaftet. Die beiden waren in der Abwicklungsstelle des Sturmbataillons 3 in Potsdam angestellt. Sie hatten in den letzten 6 Monaten rund 2 Millionen Mark Abwicklungsgelder unterschlagen und bis auf einen Rest von 68 000 Mark in Berliner Vergnügungslökalen verstreut. Es hat sich herausgestellt, daß die beiden Verhafteten verheiratete Verbrecher waren.

* Serumdiebstahl. Aus der Wohnung des praktischen Arztes Dr. Goldschmidt in Hamburg wurden bedeutende Mengen Serum im Werte von mehreren 100 000 Mark gestohlen. Es handelt sich um Typhus-, Cholera-, Tuberkulose- und Rippserum, das in der Hand von Verbrechern großen Schaden anrichten kann.

* Gefährliche Juwelen. Die Gattin Carlos ist französische Adligerin zufolge dieser Tage bestohlen worden. Ihr ganzer kostbarer Juwelenschatz war in die Hände von Einbrechern gefallen. Der Schatz ist aber bereits wieder zusammengebracht worden. Zwei Damen der New Yorker Gesellschaft hatten sich als freiwillige Detektive Carlos zur Verfügung gestellt und sind bei der Verhaftung der Diebe, bei der Carlos den Schatz seiner Gattin verheimlichte, mit der Mitteilung erschienen, daß ihnen ein unbekannter Mann die gestohlenen Juwelen zum Kauf angeboten habe. Die New Yorker Polizei wurde verständigt und stellte in der Wohnung der beiden Damen Detektographen auf. Polizeigenten erlosenen das Dach des Hauses, wohin die Trübe des Detektographen verlängert worden waren. Als nun zur festgesetzten Stunde der Verhaftung der Juwelen erschienen, nahmen die Detektive auf dem Dach sein Angebot stenographisch auf, stiegen wieder hinunter, und als der Mann die Wohnung der beiden Damen verlassen wollte, wurde er verhaftet.

Sitzungsbericht.

Berlin, 28. Okt.

Abg. Scheidemann (Coz.) betont, die geistigen Ausführungen des Reichsanzlers zeugten von tiefer Resignation. Wir sind gewillt, die demokratische Republik zu schützen. Wir stehen ja nicht mehr so ganz allein, wir haben auch in der Welt wieder Freunde gefunden. Er protestiert gegen die Auslieferung der Dieselmotoren und nannte diese Forderung grausam, brutal und eine Unmenschlichkeit. Wir verlangen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, trotz Holle. In den Ergebnissen der Abstimmung sieht er den Beweis, daß die junge Republik eine größere Anziehungskraft ausübt, als Hohenzollern und Habsburger, und erwartet von Oberschlesien das gleiche. Wir wollen keine Gefinnungsschwärmerei, aber der Feind der Republik muß heraus. Deshalb sind wir gegen die Reaktion, die sich sogar der Reichswehr bedient.

Fern: frage er, wie es mit der Orgesch stehe. Wir haben nicht das Vertrauen zu der Deutschen Volkspartei, daß sie mit ihrer monarchischen Gesinnung ein guter Schützer der Repn ist. Das macht aber nichts, denn der deutsche Arbeiter ist der beste Hüter der Republik. Ein Ausnahmefall gegen die Kommunisten entspreche nicht den republikanischen Anschauungen. Sie lassen sich ja mehr von der Furcht vor den Kommunisten leiten, als von dem Gedanken von der Einigung der deutschen Arbeiter. Zweckmäßig sei es, die Parole auszugeben: Arbeiter, einigt Euch in der sozialdemokratischen Partei! Als Ziel der sozialdemokratischen Wünsche gibt der Redner die Sozialisierung des Kohlenbesitzes an. Der Redner kritisiert sodann das Verhalten der Minister der Deutschen Volkspartei, da sie in der Fraktion gegen die Sozialisierung Stellung genommen haben, den Kabinettsbeschluss auf Sozialisierung aber unterzeichnet hatten, und warnt sie, ein Spiel mit der Arbeiterschaft zu treiben. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt erwartet von uns bahnbrechende Erfolge auf dem Gebiete der Wiederaufrichtung. Sozialist sein heißt Optimist sein! Wir glauben an Deutschlands Zukunft!

Reichskommissar Peters spricht über die Ergebnisse der Entwaffnungsaktion. Das Gesetz vermied Zwangsmagnahmen, zumal das Gebiet sehr groß sei und nur die Polizei zur Verfügung stehe, da die Reichswehr nicht damit belastet werden solle. Der Weg der freiwilligen Ablieferung habe sich bewährt. Die Frist sei noch bis zum 1. November ausgedehnt worden. Die Ablieferung sei ziemlich gleichmäßig erfolgt. Jedenfalls sei nirgends eine größere Rüge festgestellt worden. Auch auf dem Lande liege keine Zurückhaltung vor. Was die Organisation anbetrifft, so hoffe er, daß es bald gelingen werde, auch diese zu entwaffnen. Daß mit den Waffen große Schießungen vorgenommen worden sind, ist bekannt. Auch ist es richtig, daß unsichere Elemente sich in den Besitz von Waffen gesetzt haben. Das war z. B. in Potsdam der Fall. Das Ergebnis der Ablieferung war 800 Gewehre, 1635 Maschinengewehre, Flammenwerfer etc., 1 733 000 Gewehre und 11 Millionen Geschosse. Alles dies sei auf friedlichem Wege erreicht worden.

Was die Beziehungen zum Auslande anbelangt, so warne er vor jeder Illusionspolitik. Es bleibe weiter der Osten! Aber zum Teil seien auch hier die Verhältnisse aussichtslos. Besser stehe es mit Italien. Polen dagegen hat sich die allgemeine Erbitterung bei uns zugezogen. Der Name „Oberkassien“ sei dafür der Beweis. Er vermisse im Auswärtigen Amte einen Kulturreferenten, der mit dem Missionswesen vertraut werden müsse. Den Süd-Tirolern sichere er die deutsche Treue zu. Den Rumänen danke er für das Festhalten am deutschen Vaterlande. Der Redner geht sodann auf die einzelnen Positionen des Etats ein. Der Fehlbetrag von 48 Milliarden könne den Staatsbankrott empfehlen. Das würde aber den Verlust der Selbständigkeit bedeuten. Die Besetzung des Ruhrbezirks würde eine Störung der Produktion zur Folge haben und damit das Ende des Reiches bedeuten. Die Ernährungsfrage ist für uns ausschlaggebend. Die Zwangswirtschaft mußte fallen. In der Schulfrage stehe seine Partei entschieden auf der Innehaltung des Weimarer Schulkompromisses. Was die Reugliederung Deutschlands anbelange, so erinnere er daran, daß in Preußen demnächst die Frist ablaufe, die durch Artikel 167 der Verfassung gestellt sei. Der Redner schließt mit dem Spruch: Halte fest am Reich!

Reichsminister noch polemisiert gegen den Vorredner. Die Errichtung des polnischen Staates sei aus militärischen Gründen erfolgt. Die Autonomie Oberschlesiens sei eine zwingende Notwendigkeit. Die Hauptsache sei, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibe. Die Regierung sei aber nicht gewillt, dieses Beispiel Oberschlesiens auf andere Landesteile auszuweiten.

Berlin, 29. Okt.
Sitzungsbericht.

Vizepräsident Bell eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Freiherr v. Zersner (D. Sp.) fragt an, ob die Regierung die Heimkehr der noch in Libanon befindlichen Kriegsgefangenen vor dem Eint. d. des Winters durchzuführen gedenke.

Regierungskommissar Stüdlén erwidert zustimmend.
Hky. Mumm (Dnat. Vp.) fragt an, was die Regierung gegen die Verwendung schwacher Truppen im Kib-larde zu tun gedenke und erwirkt auf den Weisdr der hiesigen Frauen. Ein Regierungskommissar erwidert, die Regierung habe eine Zusammenstellung verfaßt und hoffe, daß die französische Regierung nunmehr energig ein Eingehen haben werde.

Auf eine Anstache des Abg. Dr. Nießer (Z. Nr.) tragen des Einbruchs französischer Soldaten in die Kirch-
thorhauer zu Oberingelheim in Rheinbessen, wobei ein 16-
jährige Ella Kaiser aus Frankfurt am Main tödtlich
verletzt wurde, erwidert ein Regierungskommissar, daß
unser Vorgesetzter in Paris beauftragt worden sei, bei der
französischen Regierung die Bestrafung der Schuldigen zu
fordern und Genugthuung zu verlangen. Die Antwort der
französischen Regierung sei noch nicht eingegangen.

Die Abg. Frau Lüders (Dem.) fragt an, auf welcher Rechtsgrundlage die Franzosen bei Düren vier Flugzeughallen errichtet hätten. Ein Regierungskommissar sagt, daß unser Einspruch dagegen dahin beantwortet worden sei, daß ihm aus militärischen Gründen nicht stattgegeben werden könne. Die französische Regierung sei jedoch bereit, das Einbringen der Ernte auf den beschlagnahmten Gebieten zu gestatten.

Abg. Hepp (D. St.) fragt nach der Beschlagnahme der Pomäne Armada bei Wiesbaden durch die Franzosen, wodurch die Milchversorgung der Umgebung gefährdet werde. Ein Negerungskommissar erwidert, die Regierung habe den Reichskommissar bei der Rheinlandschaftskommission angewiesen, Protest zu erheben und die Aufhebung der Beschlagnahme zu fordern. Desgleichen sei die deutsche Friedensdelegation in Paris beauftragt worden, Einspruch zu erheben.

Die Interpellation betreffend die Souveränität über Eupen und Malmédy wird nach der Erklärung der Regierung in nächster Zeit beantwortet werden. Nach Erledigung seinerer Vorlagen, geht das Haus zur Fortsetzung der Etatsberatung über, mit der die Interpellation über die Dieselmotoren verbunden wird.

Reichsminister des Aeußeren Dr. S i m o n s wandte sich zunächst gegen die Ausführungen des Grafen Westarp. Man verlange neben der Kriegsschadensabgung die Reparation, die Wiederherstellung der französischen Gebiete. Die Löhner sind nach dem Friedensvertrag berechtigt, ihre Schäden bei der Wiedergutmachungskommission anzumelden. Die 810000 Mischfüße sind nichts weiter, als die Zahl der Anmeldungen. Zunächst hat die Wiedergutmachungskommission nun die von uns zu liefernde Zahl festzustellen. Hiervon müssen sowohl die bereits im Voraus geleistete Rühbe verrechnet werden, als auch der Bonus der Ablieferung vereinbart werden, der uns die Ablieferung erträglich macht. Zur Frage der Dieselmotoren erklärt der Minister die Erregung der Intelligenz reise für berechtigt. Schon im April dieses Jahres ist die Forderung erhoben worden, daß alle Dieselmotoren zerstört werden müßten. Der in Frage kommende Artikel des Friedensvertrags verlangt von uns den Abbruch aber nicht die Zerstörung der Unterseeboote und bestätigt uns füglich die Verwertung des abgebrochenen Materials in der Industrie. Unsere Gegner haben bereits eingesehen, daß der Dieselmotor nichts weiter ist, als ein schnelllaufender, für industrielle Zwecke glänzend sich eignender Motor. Der Redner betont dann die Gefahren, die die Zerstörung dieser Motoren nach sich ziehen werde.

Der Redner führt dann fort: Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten wollen wir, soweit es an uns liegt, gern verbessern. Um so erfreulicher sei es, daß England jetzt ebenfalls einen solchen Schritt getan hat. Mit Italien seien ebenfalls Verhandlungen in ähnlichem Sinne geführt worden, die zur Freigabe von 260 Millionen geführt hätten, desgleichen mit Japan. Brüssel habe keine dahnbrechenden Erfolge für uns erzielt, aber immerhin eine gewisse Aufklärung gebracht und den Boden für eine Verständigung vorbereitet. Das sei ein Ergebnis, für das er im Gegensaß zum Grafen Bismarck volles Verständnis habe. Auch

Der Redner kommt sodann auf die Lasten des Friedensvertrages zu sprechen. Würdelos sei der Redner, Frankreich gegenüber nie gewesen, der Graf Weyhary gemeint habe, und auch den Botschafter in Paris müsse er ganz tiefen Vorwurf in Schutz nehmen. Was Welten anlangte, so werde die Frage Cuxen und Malmedy noch lange ein Hindernis für eine Verständigung bleiben, des Lichen die Stimmung der baltischen Bevölkerung. Mit Italien habe sich das Verhältnis rascher gebessert und von Jugoslawien, zu dem wir gute Beziehungen pflegten, werde uns auch die Abgrenzung in Kärnten nicht trennen. Mit der Tschechoslowakei sind unsere Beziehungen normal. Mit der Türkei bedauert, daß die Verhandlungen mit Polen

wenig Erfolg haben. Er beizt, Danzig, möge es nun polnisch oder englisch werden, sei deutsch, und blickt es und schildert die Lage der Deutschen im Korridor. Er spricht sodann den Gang der Verhandlungen mit Polen in Paris und Warschau, die zu einer Regelung der Eisenbahnfrage im Korridor führen sollten. Auch die Frage einer Regelung des Wasser- und Luftverkehrs soll geregelt werden. Die Zurückhaltung deutscher Gefangener in Polen ist ein besond'ers harter Eingriff in unsere Rechte und Gegenstand erster Priorität. Die Korwisse des Preussischen Westpreußen Oberschlesiens wolle er auch

Bzüglich Rußlands stellt der Kaiser fest, daß wir uns erwaige Deiter die aus Rußland kommen, etwas genauer ansehen werden. Auch mit Japan in die Nähe der Stellung guter Beziehungen in so sehr lebender Entwicklung. Der Kaiser ist wie bin den Best werden der Adh. Trimors über nicht genüge der Verurteilung der katholischen Elements bei der Befestigung der Allen in Auswärtigen Anse entagen. Trimborn habe einen Nationalfeiertag verlaßt, was er für schlüssig verständlich halte. Sein's Eta tens sei aber so nicht die Zeit, um sich um solche Dinge zu kümmern. Es genüge sich, bloß Zeug zu sein, der De Erde müße sich auf ein Ziel über Deutschland hinaus stellen. Dieses Ziel müsse sein, die Völker der Welt in einer Rechtsordnung zusammenzu führen. Der Kampf für dieses Ziel werde uns auch die Achtung und das Vertrauen der Welt wieder erwerben. Für dieses Ziel werde er kämpfen. (Beifall.)

(Fortsetzung in nächster Nummer.)

Der neue Berliner Magistrat.

Das neue Berliner Stadiparlament wählte den ersten Magistrat der vier Millionenstadt. Außer den schon früher gewählten Fachdeputierten, darunter Daerbürgermeister **Wermuth**, waren infolge der Änderung des Stöberliner Gesetzes durch die Landesversammlung nur noch acht besoldete Posten zu besetzen. Diese teilten die drei sozialistischen Gruppen unter sich auf. Bevor die Wahl mit Stimmzetteln vorgenommen wurde, erfolgte aufgrund einer einheitlichen Liste die Wahl der unbesoldeten Stadträte. Es wurden gewählt ein Demokrat (Oberbürgermeister **Dominikus-Schöneberg**), zwei Kandidaten der Deutschen Volkspartei, einer der Deutschnationalen und einer der Bürgerlichen Vereinigung, zwei Sozialdemokraten und vier Mitglieder der U. S. V. und außerdem der bekannte Neukommunist **Eichhorn**, einst Sicherheitskommissär und Polizeipräsident von Berlin.

Noch ein Feiertag.

Aus Weimar wird gemeldet: Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksverbände Groß-Löhningen teilt im Einverständnis mit dem Berliner Parteivorstand mit, daß der 9. November als revolutionärer Feiertag begangen werden soll, und zwar durch Versammlungen, festliche Veranstaltungen etc. Als Feiertag mit Arbeitsruhe soll aber der 9. November nicht ausgerufen werden.

Kranzreich und die Meißbegünstigungsformel.

Der Berliner Vertreter des „Journal“ meldet, die französische Diplomatie in Berlin arbeite energisch darauf hin, Deutschland zu zwingen, sich an die Artikel 264 und 265 des Versailler Vertrages zu halten. Es handle sich dabei um das System der Weisbegünstigung. Deutschland habe sich nicht an diesen Grundsatz, sondern importiere gewisse Luxusartikel, wie Parfümerien, Seife, Spitzen und Seidenwaren aus Holland, aus der Schweiz, ja sogar aus Scandinavien. Andererseits verbiete es die Einfuhr dieser Artikel aus Frankreich. Sogar die französischen Waren seien von der Einfuhr ausgeschlossen. Das bedeute einen tatsächlichen Vorrath der französischen Waren und widerspreche dem Versailler Vertrag.

Mac Swineys letzte Fahrt.

Ganz London hat dem toten Bürgermeister von Coblenz nach dem Bahnhofsgehege gegeben. Eine gigantische Prozession bewegte sich durch die Straßen. Überall ließ man den Leichenzug mit entblößtem Kopf und in tiefer Schweigen passieren. Viele Frauen fielen auf die Knie, weinten und beugen den Kopfschmerz. Auffallend war die Anwesenheit von Vertretern der sogenannten irischen republikanischen Armee. An der Spitze des Leichenzuges hinter einem Bataillon von Polizisten marschierte eine Gruppe irischer Dudelsackspieler. Am Leichenzug beteiligten sich über 30.000 Personen.

Der amerikanische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Kolb, empfing eine Abordnung der amerikanischen Zinnfeiner, die die Anerkennung der irischen Republik von Amerika verlangte. Der Staatssekretär lehnte dieses Ansinnen ab, da es unter den gegenwärtigen Umständen nicht angängig sei.

Die „Daily News“ meldet aus Kopenhagen: Das russische Blatt „Echo“, das in Kowno erscheint, glaubt aus gut informierten und vollständig unparteiischen Quellen mitteilen zu können, daß der Sturz der Sowjetregierung unmittelbar bevorstehe. Die Zeitung fügt hinzu, daß sich in diesem Augenblick Ereignisse von höchster politischer Bedeutung in Petersburg und Moskau abspielen.

Die „Times“ melden aus Moskau: In Moskau ist der verschärfte Belagerungsstand verhängt worden aus Furcht vor einer Gegenrevolution. Die Ernährungsfrage ist entscheidend. Lenin sagt in der „Pravda“ die Ernährungslage sei nie so schlecht und schwierig gewesen, wie jetzt. Die „Times“ melden weiter aus Kowno, die Sowjetabgesandten in Litauen seien eiligst nach Rußland zurückgekehrt, anscheinend aus Furcht vor den bevorstehenden Ereignissen.

Zur Abstimmung in Oberschlesien

„Deutscher Abstimmungssieg in Kärnten“ liest man heute überall und die Zeit wird kommen, wo wir lesen werden: „Auch Oberschlesien hat sich für Deutschland entschieden!“ Oberschlesien, dieses herrliche, an natürlichen Hilfsquellen so überreiche Land ist leider für so viele Deutsche ein unbekanntes Land.

Um zu zeigen, welch unermeßlichen Reichtum sich beim Durchwandern des Regierungsbezirks Oppeln dem aufmerksamen Beobachter darbietet, bedarf es nur des Hinweises auf unsere deutschen Magnaten, als da sind die Fürsten von Pleß, von Donnersmarck, von Hohenlohe, Graf Ballesheim, die alle neben ihrem Großgrundbesitz an industriellen Werken beteiligt sind. Wir erwähnen hierbei u. a. die Lautabütte, Königshütte, Bismarckhütte, Donnersmarckhütte, Hohenlohehütte, Friedenshütte, die Werke Vörsig, Caro-Hegenschmidt, Hulschinsky; zum Schluß sind die Großhandelsfirmen Caspar Bollheim, Emanuel Friedl u. Co., Nawal u. Grünfeld u. a. m. zu nennen, deren Ruf weit über Deutschlands Grenzen hinausreicht.

Wann soll nun eigentlich die Abstimmung erfolgen? Ein Frage- und Antwortspiel hat sich um diese dritte und letzte deutsche Abstimmung entsponnen. Der französische General Le Rond, der Vorsitzende der internationalen Kommission für Oberschlesien mit dem Sitz in Oppeln, ist von Paris dorthin zurückgekehrt, und seine weiteren Dispositionen werden uns zeigen, ob er gewillt und stark genug ist, für Recht, Ordnung und Sicherheit einzutreten. Darf die Abstimmung jetzt vor sich gehen, so fragen wir, wenn wir in Erfahrung bringen, daß die polnischen Abstimmungspolitiker sich zum größten Teil aus ehemaligen Kadersoldaten rekrutieren, zumindest aber Angehörige der polnischen Freiwilligenformationen oder Soldats sind. Sie besteuern neben ihren Gehältern als öffentliche Beamte noch die Löhne der polnischen Armee. Im Polizeidienst sind sie erfahren und sollen hierzu befähigt werden, werden sie trotz alledem den erfahrenen deutschen Beamten im Dienst nicht vorgezogen und oft werden diesen erfahrenen Beamten unerfahrene zu Vorgesetzten bestellt, nur deshalb, weil sie Polen sind. Die Offiziere sind nicht viel besser, haben wenig oder gar keine Autorität bei den unteren Beamten und nur den einen Vorzug, daß sie sehr viel Geld ausgeben haben.

Wir berühren diese Dinge, um zu zeigen, wie gewagt es wäre, die Abstimmung jetzt oder in diesem Jahre noch vorzunehmen. So sehr uns daran liegt, die oberschlesische Frage erledigt zu wissen — steigen doch die Besatzungskosten ins Unermeßliche — so sehr müssen wir darauf dringen, daß erst wieder Ordnung und Sicherheit im Abstimmungsgebiet herrscht. Wir hoffen daher, daß General Le Rond alle die hier angeführten Momente berücksichtigen und den Termin der Abstimmung im Frühjahr nächsten Jahres anderräumen wird. Bis dahin wird der polnische Terror, der noch täglich und stündlich in den Kreisen Rhydnt, Pleß und Ratibowitz wahre Orgien feiert, sich wohl abgeköpft haben.

Die Verbände heimattreuer Oberschlesier im Verein mit allen deutschen Landmannschaften, voran die deutsche Presse, werden ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß unsere deutschen Brüder und Schwestern in Oberschlesien von dem Gefühl befreit werden, daß sie in ihrem vaterländischen Kampfe für ihr Deutschland nicht allein dastehen, sondern überall da, wo Deutsche wohnen, moralisch und materiell von ihnen gestützt werden, so daß zur gegebenen Zeit wie jetzt in Kärnten heißen wird: „Was deutsch ist, muß deutsch bleiben; Oberschlesien gehört zu Deutschland!“

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, den 1. November 1920.

Der Mittelstand und die deutsche demokratische Partei. Mittwoch, den 27. Oktober, hielt der Kreisverband der deutschen demokratischen Partei des Unterlahnkreises in Nassau, Wirtschaft „Zum Hirsch“ seine Hauptversammlung, die von den Vertretern der Ortsvereine gut besucht war. Aus dem Tätigkeitsbericht, erstattet von dem Schriftführer Herrn Studentat Schäfer (Diez), sei hervorgehoben, daß auch im Unterlahnkreis die demokratische Partei zielbewußt für den Mittelstand eingetreten ist. Um die gleichmäßige Behandlung der Landes- und Kommunalbeamten mit den Reichsbeamten bei der Belegungszulage herbeizuführen, hat die Partei die betroffenen Beamtenverbände durch Eingaben an die demokr. Abgeordneten und zuständigen Regierungen stellen nachdrücklich unterstützt, besonders sich auch dafür eingesetzt, daß die Diätäre gleich hohe Ortszulagen künftig erhalten sollen wie die Festangestellten. Augenblicklich ist die Zukunft des Handwerks und Kleingewerbes, besonders in Preußen, durch die öffentlich wenig bekannten, aber hinter den Kulissen um so eifrigeren, sozialdemokratischen Bestrebungen gefährdet. So war die Sozialisierung des Bäckerwesens sehr eifrig versucht worden. Demgegenüber bleibt die demokratische Partei fest auf ihrem Standpunkt, den sie schon in der Nationalversammlung eingenommen hat, als sie das damalige Sozialisierungsrahmengesetz der Regierung zu Fall brachte, indem sie alle Sozialisierungsversuche am Handwerk und an der Landwirtschaft zurückwies. Für das Handwerk kommen nicht die gleichen Einrichtungen in Betracht wie für die Industrie. In diesem Sinne beschloß die Versammlung als besonders dringlich, an die demokr. Abgeordneten der betr. parlamentarischen Kommissionen folgende von Herrn Bäckermeister Reichardt (Diez) gestellten Anträge einzubringen 1.) das Handwerk und Kleingewerbe verlangt, daß die bisherige Ausbildung der Lehrlinge durch die Meister bestehen bleibt und daß die Ausbildung der Lehrlinge in dafür eingerichteten Sammelwerkstätten nicht eingeführt werden darf, weil dies dem Geist des Handwerks und des Kleingewerbes widerspricht. Auch müssen die Lehrlinge von den Tarifverträgen ausgeschlossen bleiben. 2.) Wenn bei der

heutigen Finanznot die Befreiung der Gewerbesteuer nicht erreicht werden kann, so muß doch das Besteuerungsrecht der Gemeinden für diese Steuer begrenzt werden und bei Festsetzung der Steuerklassen die Geldwertung mitberechnet werden.

Direktor Todt †. Freitag Morgen starb der langjährige Leiter der Erziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau, Direktor Karl Todt. Am 22. Juli 1860 als Sohn des damaligen Bürgermeisters Todt in Herborn geboren, besuchte er Präparandenanstalt in Herborn und Seminar in Dillenburg, um sich für den Lehrberuf vorzubereiten. Schon mit 19 Jahren trat er in den öffentlichen Schuldienst und war als Lehrer in Magerin bei Selters, Eberbach i. Rheingau, Miehlen und Ernsthausen bei Weilburg tätig. Im November 1900 ging er in den Schuldienst der Erziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern. Das Vertrauen des Anstaltsvorstandes berief ihn nach dem Abgang des Pfarrers Otto im Jahre 1910 an die Spitze dieser Anstalt. Seinen vorzüglichen organisatorischen Fähigkeiten und seine umfangreichen Kenntnisse eignete ihn besonders für einen derartigen Posten. Die Anstalt nahm unter seiner Leitung einen bedeutenden Aufschwung. Räumlich vergrößerte sie sich ganz wesentlich. 1911 wurde mit dem großen Neu- und Umbau begonnen, die kurz vor Kriegsausbruch beendet waren. 1917 wurde, um die bessere Ernährung der Anstaltsinsassen zu ermöglichen, das Hofgut Untergutenau pachtweise erworben. Seine besonderen Fähigkeiten zeigte Direktor Todt während des Krieges. Unter den schwierigsten Verhältnissen leitete er hier den großen Betrieb. Dank seiner rastlosen Bemühungen waren die Ernährungsverhältnisse in der Anstalt so, daß die Sterblichkeit im Verhältnis zu anderen Anstalten sehr niedrig geblieben ist. Ein warmer Freund war er den ihm anvertrauten Kindern; er hatte eine besondere Gabe, mit denselben umzugehen und war immer bemüht, ihnen ihr trauriges Los nach Möglichkeit zu verschönern. Unvergesslich wird es Jedem sein, der Gelegenheit hatte, einmal von ihm durch die Anstaltshäuser geführt zu werden und zu sehen, wie er für jedes ein gutes Wort hatte, oder wer Gelegenheit hatte, einer Vern- oder Gesangsstunde, die er leitete, oder gar einer Weihnachtsfeier in der Anstalt beizuwohnen. Ein reich gegliedertes Leben ist in dem Verstorbenen dahingegangen. Er ruhe in Frieden!

Sport. Das Wiederholungsspiel der ersten „Elf“ unserer „Nassovia“ gegen die gleiche Mannschaft des Sportvereins Niederbrechen, welches gestern auf dem Sportplatz Staffel zum Austrag kam, konnte Niederbrechen mit 3:1 Toren für sich entscheiden. — Auf dem hiesigen Sportplatz „Brühl“ standen sich die 2. Mannschaften „Nassovia“ — Oberlahnstein im Verbandsspiel gegenüber. Ergebnis 2:0 zu Gunsten Oberlahnstein.

Sport. Am gestrigen Sonntag spielte die erste Fußballmannschaft der Turngemeinde gegen die erste Mannschaft der Sportabteilung des Rath. Jugendbundes „Bad Ems“ mit 3:0 Toren zu Gunsten der Turngemeinde; gleichzeitig spielte die erste Faustball-Jugendmannschaft gegen die gleiche Mannschaft des Rath. Jugendbundes „Bad Ems“ und konnte auch hier überlegend, 36:24, gewinnen.

Sinweis. Am Mittwoch, den 3. November, vormittags 10 Uhr, findet die Eröffnung der Landwirtschaftlichen Lehranstalt im Stadtschulgebäude statt. Freunde der Schule sind willkommen.

Ernennung. Vom Amtsgericht Nassau ist der Gärtnerbesitzer August Kurz zum Mitgliede des hiesigen Schöngungsamts ernannt worden.

Verordnung

Die Interalliierte Rheinlandkommission verordnet auf Grund der Ordonanzen 1, 2 und 3 was folgt:

Artikel 1.

Dieserjenige Besitzer von Militärwaffen und Munition, welche nach den Vorschriften des deutschen Reichsgesetzes vom 7. August 1920 über die Entwaffnung der Bevölkerung und den dazu ergangenen Ausführungsvorschriften die genannten Waffen und Munition zur Anzeige und Ablieferung bringen, haben keine Strafverfolgung aus der Ordonanzen 3 Titel 5 wegen des Besitzes dieser Waffen und Munition zu gewärtigen unter der Bedingung, daß sie diese innerhalb der Fristen, welche durch die obengedachten Vorschriften festgelegt sind, anzeigen und abliefern.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft und gilt auch im Brückenkopf Kehl.

Coblenz, den 4. Oktober 1920.

Interalliierte Oberkommission.

1. 7838.

Diez, den 25. Oktober 1920.

Die Ortspolizeibehörden im besetzten Teile des Unterlahnkreises werden um sofortige ortsübliche Weiterbekanntgabe ersucht.

Der-Landrat. J. B. Scheuern.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 3. November 1920, mittags 12 Uhr, werden auf dem neuen Friedhof 3 Obstbäume (für Brennholz) öffentlich meistbietend versteigert.

Nassau, den 30. Oktober 1920.

Der Magistrat: Unverzagt, Beigeordneter.

Offenlage der Gewerbesteuerrolle.

Gemäß § 31 des Gewerbesteuergesetzes bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß die Gewerbesteuerrolle der Stadt Nassau vom 8. November bis 15. November einschl. im Rathaus — Zimmer Nr. 1 — zur Einsichtnahme der Gewerbesteuerpflichtigen der Stadt Nassau ausliegt.

Nassau, den 30. Oktober 1920.

Der Magistrat: Unverzagt, Beigeordneter.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluß, entschlief heute, nach schwerer Krankheit, im Alter von 48 Jahren, meine liebe Frau, unsere unvergessliche, treuversorgende Mutter, Schwägerin u. Tante

Frau Karl Wilhelm,

Karoline geb. Weber.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Oberwies, Dornholzhausen u. Sulzbach, den 31. Oktober 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 3. Novbr., nachmittags 1 Uhr, statt.

Nachrichten des Wirtschaftsamtes der Stadt Nassau

Zucker.

Auf Abschnitt 1 der Kreiszuckerkarte können ab Dienstag, den 2. November, in den hiesigen Kolonialwarenhandlungen

750 Gramm Zucker

entnommen werden. Preis pro Pfd. Mk. 3,60. Entgegennahme hat wegen des Abrechnungsverfahrens bis 22. November zu erfolgen.

Arbeitsnachweis Nassau.

Rathaus, Telefon 22.

Geführt: 1 Mehgerlehrerling.

Statt Karten!

Emma Nau

Wilhelm May

Verlobte

Scheuern

Oberwies

Ihre heute vollzogene Vermählung beehren sich anzuzeigen

Willi Diez und Frau

Bretel, geb. Degenhardt

Nassau, 30. Oktober 1920

Ein überaus schmerzlicher Verlust hat unsere Anstalt betroffen.

Der Hausvater,

Herr Direktor TODT,

ist nach langem Leiden am 29. Oktober ds. Js. aus dieser Zeitlichkeit abgerufen worden. 20 Jahre hat er an der Anstalt gewirkt, davon über 10 Jahre als Direktor, und was er in diesen schweren Jahren, erst der Neubauten und dann des Krieges, geleistet hat, wird immer unvergessen bleiben.

Wir betrauern in dem Heimgegangenen einen Mann von grosser Erfahrung und reichen Gaben und Eigenschaften gerade für die Arbeit unter den Schwachen und werden seine Mitarbeit sehr schmerzlich vermissen. Er ruhe in Frieden seines Herrn!

Der Vorstand der Erziehungs- u. Pflegeanstalt Scheuern:

Martin, Pfarrer, Vorsitzender.

Beamtenverein. Dienstag 4 Uhr pünktlich Fische abholen.

Vereinsnachrichten.

Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“. Dienstag 8 Uhr: Theaterprobe (Paulus). Mittwoch 7—8 Uhr: Turnstunde nur für Jugendliche.

Stenographenverein „Gabelberger“. Montag Anfängerlehrgang fällt aus. Dienstag 8 Uhr: Fortbildungslehrgang und Übungsstunde. Donnerstag 8 Uhr: Anfängerlehrgang.

Kaninchen- und Geflügel-Zuchtverein. Mitglieder, welche Gelberäben (Zentner 30 Mk.) wünschen, wollen sich bis Donnerstag beim Vorsitzenden Klein melden.

Turn-Verein Bergnassau-Scheuern. Mittwoch und Freitag ab 8,30 Uhr: Turnstunde.

M. - G. - L. „Liederkrantz“. Donnerstag ab 8 1/2 Uhr: Gesangsstunde.

Echte

Cocosmatten

in verschiedenen Preislagen und Qualitäten empfiehlt

Chr. Arzt,

Korb- u. Bürst-Spez.-Geschäft, Nassau, Römerstr. 12.

Stückfalk und Schwemmsteine

frische Sendung erhalten.

Chr. Balzer, Nassau,
Baumaterialienhandlung.

Gute und billige Schuwichse,
Dose M. 1,35.

Großer Posten gefütterter Herren-Unterhosen, zum Aussuchen, jedes Stück M. 52,-.

Normalhemden,
zum Aussuchen, jedes Stück M. 47,-.

Albert Rosenthal,
Nassau.

Handtuchhalter, Pöfeln, garnituren, Schneidebrett, Ruderrollen, Fleischlopf, Kartoffelstampfer, Frühstücksbrettchen, Besteck, Kästen, Salatbestecke und Holzlöcher in verschied. Must. ferner: Hohe und niedrige Kinderstühle, Papp-Sportwagen, sowie noch viele hier nicht aufgeführten Holzwaren empfiehlt
Chr. Arzt, Nassau,
Römerstraße 12.

Kleine Chronik.

Eisenbahnunglück bei Berlin. Dienstag früh hatte ein in der Richtung Bildpark fahrender Personenzug Bremschaden. Er mußte am Fernbahnhof Zehlendorf verweilen, um den Schaden auszubessern. Ein gleichzeitig herannahender Arbeiterzug bemerkte den im Regelhaltenden Zug nicht und fuhr auf ihn auf. Der Gepäckwagen wurde vollständig zertrümmert. Drei Tote und zwei Verletzte sind beklagbar. Unter den Toten befindet sich ein Düsseldorf-Ehepaar. Der andere Tote ist ein Berliner Schlächtermeister. Die beiden Verletzten wurden in einem Sanitätszug verbunden. Die Leiche der Stamm- und Fernbahn wurden über Potsdam geleitet.

Hoteldiebstahl bei der Königin von Württemberg. Eine überraschende Entdeckung machte die frühere Königin von Württemberg, die unter einem Pseudonym in einem der vornehmsten Hotels der Reichshauptstadt in der Nähe des Potsdamer Platzes wohnt. Bei ihrer Rückkehr von einem Spaziergang fand sie das Zimmer nicht nur verschlossen, sondern auch von innen verriegelt. Diebstahl waren durch das Badezimmer in die Hotelräume eingedrungen und hatten die Zimmer wieder durch die Badstube verlassen. Mitgenommen hatten sie verschiedene Sachen. Die sofort ausgesandten Nachforschungen lenkten den Verdacht auf Hotelangestellte, die festgenommen wurden, jedoch die Beteiligung an dem Diebstahl leugneten. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

Hierzu erhalten wir noch folgende Meldung: Die überaus dreifachen Hoteldiebstähle, die in den letzten Tagen in den drei vornehmsten Hotels in der Nähe des Potsdamer Platzes verübt worden sind, fanden eine rasche Aufklärung. Der Dieb wurde ein Opfer seiner ungewöhnlichen Dristigkeit. Nachdem er erst Sonntag bei einem Diebstahl in den Zimmern der früheren Königin von Württemberg beinahe gefasst worden war, versuchte er, in dem gleichen Hotel einen anderen Gast zu bestehlen. Er wurde dabei gefasst und der Polizei übergeben. Diese entlarvte ihn als den Wülfenberger Wirt aus Aachen, der sich seit einiger Zeit in Berlin aufhält.

Terror im Stadtparlament. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Gelsenkirchen: Als in der Stadtverordnetenversammlung der Bürgermeister die Mitteilung machte, daß die Frage der freien Schule von der Tagesordnung abgehoben werden solle, erhob sich ein ungeheurer Tumult. Schließlich wurde, nachdem die Zuhörer fortgesetzt riefen, daß sie die freie Schule forderten, die Sitzung auf 15 Minuten unterbrochen. Nach Wiedereröffnung erhob sich der Tumult von neuem, worauf der Vorsitzende die Sitzung schloß. Die aufgeregte Menge verließ den Saal unter Schmähsen auf die Mehrheitsfraktionen und Hochrufen auf Moskau und die freie Schule.

Lebensversicherung. Eine kranke Familienrentgäbe erkrankte sich in Albig bei Alzey. Die Schweinehändler Oesterreicher, zwei Brüder in den 40er Jahren und noch ledig, gerieten in Streit. Der jüngere zog dabei ein Messer und erschlug den Bruder. Der Tod trat sofort ein. Darauf entleerte sich der Brudermörder durch Dessen der beiden Puskabären.

Der Luxus der Lebensversicherung. Ein thüringischer Fabrikbesitzer schreibt der in Erfurt erscheinenden „Mitteldeutschen Zeitung“: Die Bewachung unserer ausgedehnten Fabrikgrundstücke haben wir einer Anzahl Nachwächter übertragen, die wir, nachdem das Waffensperren verboten worden ist, mit Polizeinägeln ausrüsten mochten. Wir haben uns an eine entsprechende Versicherungsgesellschaft gewandt, die uns zu diesem Zweck ihre „Lebensversicherer“ (Polizeinägeln) anbietet. Wir bestellen danach und erhalten darauf die Mitteilung, daß diese Lebensversicherer auf Grund der neuesten Entscheidung des Reichsfinanzamtes mit einer 15prozentigen Zuzugssteuer fallen, was bei der Abgabe des Angebots nicht berücksichtigt war. Wir möchten diese Entscheidung des Reichsfinanzamtes als ein besonderes Zeichen der Zeit ansprechen, in der nicht allein die Entente sondern auch unsere Regierung die Lebensversicherung in Deutschland als Luxus ansieht.

Brand auf der Cronenburg. Aus des Eisel wird gemeldet: Eine Feuersbrunst vernichtete eine Reihe der schönsten und ältesten Gebäude des Perings der Cronenburg bei Stadthill. Besonders die Ecke, die das Festungsartige der Burg noch in scharfer Ausprägung zeigte, ist zerstört. Nun die gotische Burghalle und die beiden gotischen Tore blieben erhalten.

Millionenswindeln. Der am letzten Freitag von einem Eisenbahnstrafgefangenen erschossene Schieber ist, wie mitgeteilt wurde, ein gewisser Wilhelm Strake, der in Heidelberg die Papiere des Reichweins gestohlen hatte. Bei Starke handelt es sich um einen aus dem Gefängnis Schweinfurt ausgebrochenen Verbrecher, der an den gemeldeten großen Eisenbahnstrahlendiebstahl und Bruchschneidungen in Frankfurt a. M. als Hauptbeteiligter mitgewirkt hat. In dieser Sache befinden sich bereits sechs Personen in Haft. Starke hat durch seine Verbrechen die Eisenbahnverwaltung um etwa 2 Millionen Mark geschädigt. Seinen letzten Raub hatte Starke — einen Wagon Häute im Werte von 40 000 Mark — auf ein Lager in der Güterbergstraße verladen lassen. Hier hatte er unter dem Namen Grünbaum eine Halle für seine Diebesbeute gemietet. Der Polizeibeamte, der ihn dort unvermutet antraf, wurde von dem Verbrecher sofort zu Boden geworfen. Als Starke dann nach einer Eisenklinge griff, um den Beamten zu erschlagen, konnte dieser noch nach seinem Revolver greifen und ehe Starke zuschlug, diesen durch einen Schuß in das Herz töten. Die Frankfurter Wohnung Starkes konnte noch nicht ermittelt werden.

Die Erbschaft aus Amerika. Einer Mainzer in nicht besonders glänzenden Verhältnissen lebenden Familie ging dieser Tage die Mitteilung zu, daß sie von einer in Amerika bisher lebenden, jetzt gestorbenen Tante die Summe von 20 000 Dollar geerbt habe. Damit ist die Familie mit einem Schlag in die Reihe der Millionäre gerückt, denn bei dem derzeitigen Wechselkurs bedeuten 20 000 Dollar rund 1 1/2 Millionen Mark nach deutschem Gelde.

Das „Reihumessen“. Aus Dieffenbach wird berichtet: Die beiden hiesigen unverheirateten Lehrer können kein passendes Sprichwort finden. Als selbst ein entsprechendes gesucht, daß die Bürgermeisterei durch die Druckschelle bekanntgab, keinen Erfolg hatte, griff man zu einem anderen Mittel: man ließ eine Liste zirkulieren. Diese hatte das Ergebnis, daß sich mehrere Familien meldeten, bei denen nun die Lehrer „Reihumessen“, wie es in guten alten Zeiten der Fall war. — Hoffentlich bekommen die beiden Herren nicht jeden Tag dasselbe Essen.

Was die Zwangswirtschaft kostet. Nach einer neueren Zusammenstellung hat uns die Zwangswirtschaft bisher 20 Milliarden Mark gekostet — meinen die Mitteilung des Sanitätsbundes. Offenbar eine viel zu niedrige Schätzung. Wahrscheinlich kommt der Abg. Altkotte der Wahrheit schon näher, wenn er die Kosten nach vorliegendem Material und aufgestellten Berechnungen von Sachverständigen mit jährlich 15 Milliarden Mark annimmt. Die Abg. Altkotte einräumt, daß bei Freigabe der Zwangswirtschaft die in dieser bisher tätigen Personen der eigentlichen Aufgabe, der Mitwirkung an der Produktion, wieder zugeführt würden, so muß auch der Sanitätsbundes hervorheben: „Traglos wird es schwierig sein, die Angehörigen der zahlreichen Kriegsgesellschaften anderweitig unterzubringen, die häufig ohne genügende Vorkenntnisse auf Spezialgebieten tätig waren, denen übermäßig hohe Gehälter bewilligt wurden, und die infolgedessen jeden normalen Maßstab, sowohl an Gehaltsforderungen, wie auch — und das ist ein besonders trauriges Kapitel der Kriegsgesellschaften — in ihren Arbeitsleistungen verloren haben. Auf der anderen Seite können wir uns den Luxus von Einnahmen wirklich nicht leisten. Die am selben Ziel zu führen von dem Steuerzahler nicht verlangen, daß von seinem Gelde unwirtschaftliche und überflüssige Gehälter künstlich aufrecht erhalten werden.“

Vereinfachung des Handelsamtlichen Aufgebots. Nach neuerer gesetzlicher Bestimmung soll das Aufgebot künftig nicht mehr die Angaben über Stand des Vaters, Geburtsdatum des Brautpaares und ob eheverboten oder unehelicher Abstammung enthalten, sondern lediglich folgenden Wortlaut: „Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß der Schneidermeister . . . und die Hausfrau . . . die Ehe miteinander eingehen wollen.“ Das dürfte auch vollkommen genügen, besonders aber werden sich die Damen, vor allem die älteren Semester, freuen, daß sie hier nicht mehr der Öffentlichkeit preisgegeben werden.

Mord. Am Montag Mittag hatten der Buchhalter Karl Sievers aus Wilmshausen und der Hofarbeiter Christian Ernst aus Remlingen von Schacht 1 nach Schacht 2 des Kaliwerkes Affe bei Braunschweig die Abfahrt für die dortige Belegschaft von 150 000 Mark zu überbringen. Auf dem kurzen Wege, der durch ein kleines Gehöft führt, sind beide hintereinander erschossen und beraubt worden. Die Tat wurde erst einige Stunden später festgestellt. Von der Gendarmerei wurden sofort die Spuren aufgenommen.

Explosion. Mittwoch Abend ereignete sich im Laboratorium im Hedwig-Krankenhaus in Berlin eine schwere Explosion, die dadurch entstand, daß der Hausmeister mit einem brennenden Streichholz einem großen Behälter mit Benzin zu nahe kam. Der Hausmeister wurde schwer verletzt.

Die „wilden“ Viehaufkäufer. Aus der Wetterau wird gemeldet: Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft für Schlachtvieh werden die Dörfer von Viehaufkäuern buchstäblich überlaufen, die den Landwirten für das Schlachtvieh geradezu unerhörte Preise bieten und sie den Viehbesitzern förmlich ausnützen. Ein großer Teil des Viehes geht zum Verkauf in auswärtige Bezirke. Vieherheben die Viehbesitzer diesem außerordentlichen Treiben machtlos gegenüber.

Unerwartete Zustimmung. Die leineswägs hübsche Frau Anderson hielt einen Vortrag über die Schädlichkeit des Alkohols: „Fünf lange Jahre predigte ich meinem Manne, bevor ich durchschte, daß er vom Alkohol lieb. Aber als ich mein Ziel erreicht hatte, fiel ich ihm um den Hals und gab ihm einen Kuß.“ Stimme aus dem Hintergrund: „Das geschah ihm ganz recht!“ — Die Pariser Zeitung „L'Œuvre“ leistet sich angesichts der Unruhen in Irland folgenden trefflichen Scherz: Ein englischer Soldat hat in den Straßen von Belfast einen Irlander verhaftet, der ihm merkwürdig bekannt vorkam: „Wir müssen uns schon früher irgendwo getroffen haben!“ — „Aber gewiß“, versicherte freudig bewegt der Irlander. „Das war bei Gern, Tommy, wo wir gemeinsam für das Selbstbestimmungsgesetz der Völker kämpften!“ —

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	101,—	101,—
3 1/2	do.	94,—	—
3 1/2	do.	93,—	—
3	do.	85,—	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	102,50	102,50
3 1/2	do.	89,50	89,50
4	Frankf. Hyp.-Credverein	99,75	99,75
3 1/2	do.	88,50	—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,50	79,50
4	do.	67,75	67,75
3 1/2	do.	59,40	59,40
3	do.	68,—	68,—
Devisen			
	Frankreich	498	499
	Holland	2390	2395
	Schweiz	1223 1/2	1220 1/2
	New York	77,85	77,85

Dr. Dettler's Eiweiß-Nahrung

Mrkraft

ist natürliche, hochkonzentrierte Vollnahrung zur raschen Kräftigung Kranker, Schwacher, Genesender, Kinder, sowie werdender und stillender Mütter.

Regelmäßig täglich 3 Teelöffel voll in Getränken und Speisen zu nehmen.

Der Reichsminister der Finanzen.

3. Okt. 1920.

Berlin, den 13. Oktober 1920.

In meinem Erlaß vom 16. Juni 1920 — III 14420 — habe ich angeordnet, daß der Arbeitgeber, wenn er mehr als 100 Arbeitnehmer beschäftigt, und für die Erhebung der von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuererhebstellen zuständig sind, berechtigt ist, den einbehaltenen Betrag, an die für die Betriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für ihn sonst zuständige Finanzkasse abzuführen.

Bei der Durchführung dieser Vorschrift haben sich kaufmännische Schwierigkeiten ergeben. Auch besteht das Bedenken, daß die Nachweisungsabteilung der einbehaltenen Beträge nicht rechtzeitig an die zuständige Steuerbehörde verteilt werden können und daß sich infolgedessen Schwierigkeiten bei der Anforderung der Einkommensteuer ergeben können.

Unter diesen Umständen sehe ich mich veranlaßt, vom 1. November 1920 an die Berechtigung des Arbeitsgebers zur Abführung der einbehaltenen Beträge an die für die Betriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für ihn sonst zuständige Finanzkasse von der vorherigen Genehmigung des Landesfinanzamtes abhängig zu machen. Die Genehmigung ist stets widerruflich und regelmäßig dann zu erteilen, wenn der Arbeitgeber den Nachweis erbringt, daß er auf Grund einwandfreier Unterlagen imstande ist, die Steuerzeichen für die einzelnen Steuerpflichtigen und die für den Arbeitnehmer zu Beginn des jeweiligen Steuerjahres zuständige Steuerhebestelle genau anzugeben. Wenn der Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nachkommt, ist die Genehmigung sofort zurückzuziehen.

Um für die Ubergangszeit eine reibungslose Abwicklung zu ermöglichen, ordne ich an, daß in den Fällen, in denen wegen mangelnder Angabe in der Nachweisung die Feststellung der für den Arbeitnehmer zuständigen Steuerhebestelle mit Schwierigkeiten verbunden ist, der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer auf Grund des § 14 der Bestimmungen vom 21. Mai 1920 eine Bescheinigung ausstellen hat, aus der die einbehaltenen Beträge, der Zeitpunkt der Abführung und die Steuerhebestelle, an die die Beträge abgeliefert worden sind, hervorgeht. Die Steuerhebestelle hat diese Bescheinigung vorbehaltlich des Eingangs der Zahlung anzunehmen und von der darin angegebenen Steuerhebestelle die Ueberweisung zu verlangen. Ergibt sich, daß ein in der Bescheinigung aufgeführter Betrag nicht überwiesen ist, so ist die Haftung des Arbeitgebers auf Grund des § 50 des Gesetzes in Anspruch zu nehmen, gegebenenfalls ist gegen den Arbeitgeber im Strafverfahren vorzugehen.

Im Auftrage:

v. Paer.

Erg. Nr. 1563.

Diez, den 29. Oktober 1920.

Wird veröffentlicht.

Die nach Absatz 3 des Erlasses von den Arbeitgebern zu stellenden Anträge sind nach einer Verfügung des Landesfinanzamtes in Cassel nach vorheriger Begutachtung durch das Finanzamt vorzulegen.

Ich bitte deshalb, etwaige Anträge bis spätestens 8. November l. Js. an mich einzureichen.

Die Steuerhebestellen mache ich auf den Erlaß mit dem Ersuchen aufmerksam, nach den im Absatz 4 erteilten Vorschriften künftig zu verfahren.

Der Vorstand des Finanzamtes.

J. B.

Zimmermann.

Bekanntmachung.

Diejenigen Familien, welche französische Offiziere, Unteroffiziere oder Mannschaften in Quartier haben, wollen dieses schriftlich dem Bürgermeisterrat bis 5. November 1920 einreichen. Massenquartiere kommen nicht in Betracht.

Rassau, 29. Oktober 1920.

Der Magistrat:

Unverzag, Beigeordneter.

ZAHN - PRAXIS

Charlotte Kyritz NASSAU Emserstrasse 1..

Sprechstunden Jeden Werktag außer Sonntag

von 9—12 u. 3—6 Uhr

Behandlung von Krankenkassenpatienten

Konsum-Verein f. Wiesbaden u. Umgeg.

e. B. m. b. H.

Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Bellevue“ in Nassau die erste

Mitgliederversammlung

der Verteilungsstelle Nassau und Umgeg. statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr,
 2. Genossenschaftliche Aussprache,
 3. Wahl von 2 Mitgliedern zum Genossenschaftsrat.
- Wir bitten unsere Mitglieder um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch. Freunde und Gönner unserer Genossenschaft sind höflich eingeladen.

Der Vorstand.

Brennholz! zu kaufen **Waldbestände!** 3. Selbst
gesucht. **Gustav Nebelung, Frankfurt a. M.,**
Wittelsbacher Allee 4. Telefon Hanja 353



Herzlich empfohlen.
Verlangen Sie Gratisprobe und
Prospekt in den Apotheken und
Drogerien.

10 ausgewachsene
3 uchtgänse
(amerikanische u. russische),
diesjähriger Brut, sind gegen
ein Schwein von 2 Zentner
zu vertauschen. Off. unt. N. 2.
200 an die Geschäftsstelle.

Vereinsnachrichten.

Turngemeinde Nassau.

Jeden Dienstag und Freitag

abend Turnstunde.

Männer - Gesang - Verein.

Mittwoch abends 8.30 Uhr:

Gesangstunde im Vereinslo-

kal. Vollständiges Erscheinen

erwartet. Der Vorstand.